

Vorarlberger Landesverwaltung plant drastische Stellenabbau bis 2035!

Im Vorarlberger Land könnte bis 2035 der Abbau von 250 Stellen umgesetzt werden, während Reformen und Einsparungen im Fokus stehen.

Vorarlberg, Österreich - Im Rahmen umfassender Sparpläne in der Vorarlberger Landesverwaltung hat Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) angekündigt, dass bis zum Jahr 2035 insgesamt 250 Stellen wegfallen könnten. Bis 2029 sollen etwa 100 Stellen durch nicht-Nachbesetzungen bei Pensionierungen eingespart werden, wie **vol.at** berichtet.

Aktuell arbeiten rund 2.300 Personen in 500 verschiedenen Berufen für das Land. In den kommenden drei bis fünf Jahren werden allein 194 Mitarbeiter in den Ruhestand gehen. Insgesamt stehen bis 2035 über 500 Pensionierungen an. Das Ziel der Landesregierung besteht darin, bis Ende 2029 den Personalstand von 2022 wieder zu erreichen.

Kritik an den Sparmaßnahmen

Die Sparpläne stoßen auf heftige Kritik. NEOS-Klubobfrau Claudia Gamon bezeichnete die Verwaltungskosten als aufgebläht und verwies darauf, dass der Personalstand von 2020 bis 2025 um etwa 11% gestiegen sei. SPÖ-Klubobmann Mario Leiter forderte einen transparenten Plan für die Einschnitte im Personalstand. Wallner selbst hat das Vorhaben als „ehrgeizig“ beschrieben und betont, dass eine ehrliche Aufgabenkritik notwendig sei.

Die Personalvertretung wurde bereits über die Pläne informiert. Wallner kündigte an, dass nur die Hoheitsverwaltung von den Einschnitten betroffen sei und nur die natürliche Fluktuation berücksichtigt werde. Ein Beispiel ist die Auflösung des „Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung“, dessen Mitarbeitende in anderen Abteilungen untergebracht werden, was zu einem Einsparen von zwei bis drei Vollzeitäquivalenten führt.

Reformen im öffentlichen Dienst im Kontext

Umfangreiche Reformen im öffentlichen Dienst wurden seit den 1990er-Jahren auch in Deutschland durchgeführt. Diese führten zu großflächigen Privatisierungen und einem umfangreichen Personalabbau. Es stellte sich heraus, dass freie Stellen zunehmend in Teilzeit oder befristet besetzt wurden. Diese Entwicklungen und deren unterschiedliche Auswirkungen auf Beamt*innen und Arbeitnehmer*innen wurden in einer Analyse untersucht, die sich auch mit Geschlechterungleichheiten im öffentlichen Dienst befasste, wie [wsi.de](http://www.wsi.de) zeigt.

Die Reformen sind ein Indiz für die Herausforderungen, die auch die Vorarlberger Landesregierung mit ihren Sparplänen konfrontiert ist. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiter des Landes beobachten die Entwicklungen mit Interesse und Skepsis.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ort	Vorarlberg, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vol.at• vorarlberg.orf.at• www.wsi.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at